

Blocher spricht Machtwort

Von Marcel Odermatt, Weltwoche, 18.02-2026

Führende SVP-Politiker wie Nationalrat Franz Grüter fordern Bundespräsident Guy Parmelin auf, die Unterzeichnung der EU-Verträge zu verweigern. Stattdessen solle Vizepräsident Ignazio Cassis nach Brüssel reisen. Nun ruft SVP-Doyen Christoph Blocher seine Parteifreunde zur Ordnung.

Die geplante Reise von Bundespräsident Guy Parmelin nach Brüssel Anfang März könnte symbolträchtiger kaum sein: Er soll dort das umstrittene EU-Abkommen unterzeichnen. Ausgerechnet der SVP-Politiker, der 2021 nach Brüssel gereist war, um EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen das Ende der Verhandlungen über das Rahmenabkommen mitzuteilen, steht nun wieder vor der Tür.

Fünf Jahre später scheint der Waadtländer Wirtschaftsminister bereit, den neuen Deal zu akzeptieren – zumindest entsteht für Aussenstehende dieser Eindruck. Die Botschaft lautet: Schaut her, das Paket ist besser als 2021. Entsprechend dürfte die Freude der Befürworter gross sein, dass ausgerechnet Guy Parmelin in einigen Tagen in der Hauptstadt der Europäischen Union seine Aufwartung machen wird.

«Falsches Zeichen»

In der SVP hingegen brodelt es. Dass ein Parteigenosse den sogenannten EU-Unterwerfungsvertrag unterzeichnen soll, sorgt für erhebliche Unruhe. Wer im Bundeshaus nachfragt, hört rasch: Viele Ratsmitglieder können nicht verstehen, warum ihr Bundesrat diesen Schritt vollziehen wird. Innerparteilich wird die Forderung laut, Parmelin müsse auf die Reise verzichten.

«Der Vertrag ist derart verheerend für die Schweiz, dass ein SVP-Bundesrat in den Ausstand treten müsste.»

Die SVP lehnt das Abkommen entschieden ab. Besonders stossend ist für sie die dynamische Rechtsübernahme in zentralen Bereichen wie Landwirtschaft, Verkehr und Lebensmittelsicherheit: Die Schweiz müsste EU-Recht übernehmen, andernfalls drohten Sanktionen. Für die SVP ist genau diese Ablehnung jeglicher Einbindung in den europäischen Staatenblock ihre eigentliche Daseinsberechtigung. Die Überzeugung, dass die Schweiz ihre Eigenständigkeit wahren muss, eint alle, die in dieser Partei mitwirken.

Einer, der seinen Bundesrat in Brüssel nicht gemeinsam mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen lächelnd posieren sehen möchte, ist der SVP-Aussenpolitiker Franz Grüter: «Guy Parmelin setzt mit seiner Reise ein falsches Zeichen. Er sollte diese Reise an Aussenminister und Vizepräsident Ignazio Cassis delegieren», so der Luzerner Nationalrat.

Tatsächlich böte sich das an: Cassis ist ein entschiedener Befürworter der Vereinbarung und trommelt seit Monaten bei jeder Gelegenheit dafür, und seine FDP unterstützt das Paket mit grosser Mehrheit, wie die Delegiertenversammlung im Oktober gezeigt hat. Grüter betont dennoch, die Bedeutung dieses Trips dürfe nicht

überschätzt werden: «Egal, was der Bundesrat unterschreibt, das letzte Wort hat das Schweizer Volk, das diesen EU-Unterwerfungsvertrag hoffentlich haushoch versenkt.»

«Das verlangt die Konkordanz»

Ähnlich kritisch äussert sich der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann: «Der Vertrag ist derart verheerend für die Schweiz, dass ein SVP-Bundesrat bei diesem Geschäft in den Ausstand treten müsste.» Er zieht einen historischen Vergleich: CVP-Bundesrat Kurt Furgler, ein gläubiger Katholik, lehnte 1981 als Justizminister die Fristenlösung für das Abtreibungsgesetz ab. Obwohl er als Verfassungsrechtler die Debatte prägte, übergab er das Dossier an seinen Kollegen und zog sich aus der Abstimmung zurück, um seine Überzeugung zu wahren. Reimann sieht Parallelen: Parmelin müsse ähnlich handeln, statt die Schweizer Souveränität zu opfern.

Auch an der Basis brodelt es. Parlamentarier werden mit kritischen Wortmeldungen von Wählern eingedeckt, die ihr Unverständnis ausdrücken: Ausgerechnet ein SVP-Vertreter tritt in Brüssel auf? Sie verstünden nicht, weshalb Parmelin das mache. «Wer stoppt Parmelin?», heisst es in den sozialen Medien. Vorwürfe, er sei ein Landesverräter, überschwemmen die Parteikonten auf den grossen Plattformen.

Die Kritiker wollen Parmelin nun «ins Gebet nehmen». Am Freitag und Samstag trifft sich die SVP-Fraktion am Flughafen Zürich zur Vorbereitung der Frühjahrsession. Dort soll Druck aufgebaut werden, damit er die Reise nochmals überdenkt – vor dem Hintergrund, dass der Bundesrat im März 2026 seine Botschaft ans Parlament schickt. Sogar Nationalratspräsident Pierre-André Page will dem Vernehmen nach den Kontakt mit dem Bundespräsidenten aufnehmen.

Ob sich die Gegner durchsetzen, ist allerdings fraglich. Gewichtige Befürworter drängen zur Reise, allen voran Parteidoyen Christoph Blocher. Zur Weltwoche sagt der Alt-Bundesrat: «Ein Bundesratspräsident muss die Entscheidungen der Landesregierung vertreten, selbst wenn er persönlich den Entscheid ablehnt. Das verlangt die Konkordanz.» Der Bundesratspräsident unterschreibe in Brüssel nicht in seinem Namen, sondern als Amtsträger für die Regierung, auch wenn er diese Meinung nicht vertrete. Das sei eine schwer zu tragende Bürde.

Blocher betont: «Parmelin reist und unterschreibt nicht im Namen des Volkes, nur im Namen des Bundesrats. Die SVP-Basis muss das ertragen. Sie weiss ja, dass der Politiker Parmelin diese Verträge verwerflich findet.» Auch Vergleiche mit alt Bundesrat Furgler hält Blocher für ungerechtfertigt. Furgler habe nur die Erlaubnis erhalten, zu sagen, dass er aus Gewissensgründen den Schwangerschaftsabbruch ablehne.

«Parmelin reist und unterschreibt nicht im Namen des Volkes, nur im Namen des Bundesrats.» Auch SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi rät Parmelin zur Reise. «Guy Parmelin wird von den EU-Bundesräten gezwungen, den EU-Unterwerfungsvertrag zu unterschreiben. Er muss in seiner Rolle als Bundespräsident nach Brüssel. Sowohl Guy Parmelin wie auch Albert Rösti lehnen den EU-Unterwerfungsvertrag persönlich und politisch ab. Sie stehen ganz klar ein für unsere unabhängige Schweiz und unsere einzigartige Demokratie.»

Sicher ist: Der Bundespräsident unterschreibt völkerrechtliche Verträge immer im Auftrag der Landesregierung; er handelt staatsrechtlich nicht als Parteivertreter. Umgekehrt kann man argumentieren, dass sich der Bundesrat unglaublich macht, wenn er als Boten ausgerechnet einen Vertreter schickt, der eine Partei im Rücken hat, die das Abkommen als «Unterwerfungsvertrag» und sogar als «Landesverrat» brandmarkt. Aber das ist nicht das Problem der SVP.

«Nicht institutionell, nicht kollegial»

Was sagt Parmelin selbst dazu? Über seinen Sprecher Urs Wiedmer lässt er ausrichten: «Es gehört zu jedem Abkommen, dass dies vor dem eigentlichen Genehmigungsprozess im Parlament von der Exekutive unterschrieben wird. Der Bundespräsident handelt im Auftrag des Bundesrates. Es gehört zur Rolle des Bundespräsidenten, den Auftrag der Kollegialbehörde wahrzunehmen. Es wäre nicht institutionell und auch nicht kollegial, in dieser wichtigen Frage zum Beispiel den Vizepräsidenten nach Brüssel zu schicken.»

<https://weltwoche.ch/story/blocher-spricht-machtwort/>